

gleichsam als Wahrzeichen bestimmen – sind sie nicht – vor allem in den Zentren der Städte – viel eher Zeichen einer sozialen Misere?

Das heißt nicht, daß wir wieder hohe Kirchtürme bauen müßten, im Gegenteil: so wie in früheren Zeiten die Kirchen Stätten der Kommunikation, der Begegnung waren, so sollte die Kirche heute mit heutigen Mitteln, entsprechend den heutigen Bedürfnissen vordringlich diesen Dienst weiterführen, indem sie Gelegenheiten zur Kommunikation anbietet, vor allem für diejenigen, die in unseren Städten heute noch keinen oder wenig Raum finden, Alte, Jugendliche, Kinder. Darüber hinaus muß es ihre Sache sein, sich um Randgruppen zu kümmern, um diejenigen, deren Stimme in der Stadt nicht gehört wird; es muß ihre Sache sein, den Sprachlosen zum Sprechen zu verhelfen oder stellvertretend für sie zu sprechen und so einen Dienst der Versöhnung zu tun und Gräben zu überbrücken. Nun wurde gefragt, ob man in früheren Zeiten jene Mißstände, die wir heute beklagen, hinter dem Marktplatz nicht genau so angetroffen hätte; daß die Mißstände heute offen zu Tage liegen, sei ein Problem der Demokratisierung.

Politische Thesen für eine humane Stadt

Wer heute nach mehr Menschlichkeit in unseren Städten ruft, wer die humane Stadt verlangt, der kann breiter Zustimmung gewiß sein. Wer Menschlichkeit verlangt, hat immer von vornherein recht und kann sich in der Regel dann weitere Argumente ersparen. So stellen unsere professionellen Sonntagsredner jahraus jahrein mit allgemeiner Zustimmung am Schluß ihrer Rede den Menschen in den Mittelpunkt. Und da hat er dann – so ERHARD EPPLER – *leider inzwischen Plattfüße bekommen*. Wer die humane Stadt fordert, muß deshalb konkret gefragt werden, was er konkret will. Er muß seine *W e r t u n g e n* offenlegen, er muß die *Z i e l e* definieren, die er aus diesen Werten herleitet, und er muß die *M a ß n a h m e n* beschreiben, mit denen er die Ziele verwirklichen will.

Über diese drei Begriffe: Werte, Ziele, Maßnahmen, will ich sprechen und versuchen, noch einmal deutlich zu machen, was gestern erfreulich deutlich geworden ist, daß es keine isolierte soziologische, gestalterische, ökonomische oder technische Antwort auf die Frage nach der Stadt gibt, sondern daß überall Politik dabei ist. Es gibt ja Experten, die sich selbst in ihrer Arbeit als nicht politisch verste-

Dann wäre aber die Offenlegung dieser Mißstände heute die Chance zur Besserung, die Chance, daß heute und morgen immer mehr Menschen in unseren Städten die Möglichkeit bekommen, sich wohlzufühlen, sich zuhausezufühlen.

Es ist die Chance, die gerade in einer Demokratie in der *Ö f f e n t l i c h k e i t* liegt. Auch von dem Menschenbild her, das die Bibel zeichnet, kann ich der These, daß alle Planung in jedem Stadium öffentlich sein müsse, nur zustimmen. So wird gewährleistet, daß die Menschen entsprechend dem Schöpfungsauftrag an der Gestaltung ihrer Umwelt beteiligt werden, so wird verhindert, daß Freiheit von undurchsichtigen Zwängen eingeschränkt wird, daß Menschen zu Beherrschten werden.

Wohl wissend, daß wir eine perfekte menschliche Stadt nicht schaffen können, die alle Bedürfnisse des Menschen erfüllt, sollten wir die Möglichkeiten nutzen, Schritte, auch wenn es kleine Schritte sind, zu tun hin zu einer menschlicheren Stadt, zu einer Stadt, in der Zwänge abgebaut werden, in der weniger über den Menschen entschieden wird, die vielmehr den Menschen ermuntert, in ihr zu verweilen und sie mitzugestalten.

Peter Conradi

hen, als über der Politik stehend und damit rein (weil Politik schmutzig); etwa im Sinne einer Zwei-Reiche-Lehre: hier das edle und vernünftige Reich der Fachwissenschaft – und dort das niedere Reich der Politik. Politik ist aber mehr als Parteipolitik, denn wer das Zusammenleben von Menschen regelt, wer Stadt plant und baut, der macht Politik und muß sich politischen Fragestellungen so stellen, wie wir als politische Parteien, als Mandatsträger uns fachwissenschaftlichen Fragen stellen müssen.

Erstens also zu den *W e r t e n*. Politisches Denken und Handeln wird von sich ändernden Wertvorstellungen der Gesellschaft geprägt und verändert wiederum vorhandene Wertvorstellungen. Politik, die sich nicht auf einen breiten Wertkonsens der Gesellschaft stützt, muß scheitern. Politik, die darauf verzichten würde, eigene Wertvorstellungen zu entwickeln und die Wertvorstellungen der Gesellschaft zu beeinflussen und zu verändern, wäre allenfalls sterile Verwaltung des Bestehenden, wäre öder Pragmatismus. Wo sind die guten alten – von den Konservativen so oft beschworenen – Werte geblieben? Haben sie sich geändert? Aller-

dings! Unsere Wertvorstellungen sind durch die technischen und die ökonomischen und ökologischen Realitäten unserer Städte ins Wanken gekommen. Ihre Rangfolge, ihre Beziehung zueinander hat sich verschoben. Das Grundgesetz enthält Wertvorstellungen in den Grundrechten: *Menschenwürde, Gleichheit vor dem Gesetz, Schutz der Familie, Freizügigkeit, Recht auf Eigentum*. Das Grundsatzprogramm meiner Partei enthält Grundwerte, nennt Grundwerte: *Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität*. Ich will meine Behauptung von den sich ändernden Wertvorstellungen – besser von den sich ändernden Verhältnissen dieser Werte zueinander – an einigen Stadt-Beispielen belegen. **F r e i h e i t u n d E i g e n t u m**. Zwanzig Jahre lang bleibt das Verfassungsgebot der Sozialbindung des Eigentums unerfüllt, und fast niemand nimmt daran Anstoß. Auch in der Diskussion der Kirchen dominiert der Satz: *Eigentum macht frei*. Erst allmählich lernen wir, daß die hemmungslose Ausnutzung des Eigentums unsere Stadt zerstört. Und die Eigentumsdiskussion wird präziser, die Hierarchie der Werte Eigentum, Freiheit und Solidarität verändert sich. Das wird deutlich etwa, wenn man die Eigentumsdenkschrift der Evangelischen Kirche von 1962, die noch sehr stark unter der Vorstellung *Eigentum macht frei* steht, vergleicht mit den Kirchentagsvoten von 1969 oder dem Memorandum beider Kirchen zum Baubodenrecht von 1973. Daraus ein Zitat: *Je weniger die Art des Eigentums auf persönliche Arbeit und Leistung zurückgeht, je mehr die freiheitsverbürgende Funktion zurücktritt und je stärker die Nutzung den Freiheitsbereich anderer einengt und Belange der Allgemeinheit beeinträchtigt, um so mehr Spielraum läßt die Verfassung dem Gesetzgeber für die Bestimmung von Inhalt und Schranken des Eigentums*. Das ist keine isolierte Äußerung. Man könnte diese Veränderung im Gewicht der Werte Eigentum und Freiheit an Dutzenden von Beispielen und Äußerungen nicht nur aus den Kirchen belegen. Wer heute Eigentum diskutiert, diskutiert auch Freiheit, vor allem die Freiheit der Nichteigentümer. Und nun geht es darum, die Diskussion, die wir begonnen haben und die die öffentliche Meinung beeinflussend verändert hat, überzuführen in die gesetzliche Ausformung.

Aber wenn mehrfach klagend gesagt worden ist, man habe doch schon vor 10 Jahren über alle diese Dinge gesprochen, dann soll doch jeder sich einmal vergegenwärtigen, was vor 10 Jahren zur Eigentumsfrage gesagt und geschrieben worden ist, und was heute gesagt und geschrieben wird, und soll prüfen, ob sich nicht doch sehr vieles geändert hat. Freilich, noch immer zerstören Eigentümer rück-

sichtslos bewohnbare Häuser. In Heidelberg ist es unsere Landesregierung, die ein Haus unwohnbar macht, um dort ein Parkhaus zu bauen. Und wie alle anderen Eigentümer beruft sie sich auf ihr Eigentumsrecht und erklärt stolz, bei uns werde es nicht zu Hausbesetzungen wie in Frankfurt kommen.

Doch wer unter uns wirft den ersten Stein auf die jungen Menschen, die leerstehende Häuser besetzen?

Freilich kann kein verantwortlicher Politiker die Verletzung geltenden Rechtes billigen. Aber er muß fragen, wann endlich dieses obsoleete Eigentumsrecht so geändert wird, daß es der Sozialbindung Rechnung trägt, so daß man es jungen Menschen als sinnvoll erklären und begründen kann.

Oder nehmen wir das Beispiel **F r e i z ü g i g k e i t** aus dem Grundrechtskatalog. Bis vor kurzem ist Mobilität ein unbestrittener Wert gewesen. Berufliche Mobilität, Wohn- und Arbeitsplatzmobilität, Wochenend- und Urlaubsmobilität. Allmählich lernen wir, daß mit der zunehmenden Mobilität Identität abnimmt, Entfremdung zunimmt. Es gibt sicher viele Gründe dafür, daß 1973 in Detroit über tausend Menschen umgebracht werden und in Frankfurt nicht etwa proportional dann über 700, sondern 20 bis 30. Sicher sind die Detroiter keine schlechteren Menschen als die Frankfurter. Ich bin sicher, einer der Gründe dafür ist die sehr viel höhere Mobilität dort, das Abnehmen sozialer Bindungen.

Niemand will das Grundrecht auf Freizügigkeit einschränken, niemand will eine immobile Gesellschaft; aber wir werden bei der Stadtplanung in Zukunft dem Wert Mobilität sicher kritischer gegenüberstehen als bisher, vor allem dann, wenn wir größere Identität der Stadt, stärkere Bindung der Stadtbewohner an ihre Stadt und verstärkte Beteiligung aller Bürger an den Entscheidungen über die Stadt anstreben. Diese Beispiele lassen sich fortführen. Die alten Werte sind nicht verschwunden, aber ihre Rangordnung, ihre Gewichte, ihre Abhängigkeiten ändern sich. Und neue Werte kommen hinzu. Etwa *Umwelt*, ein Wort, das im Godesberger Programm meiner Partei von 1958 überhaupt noch nicht vorkommt. So ist auch der Begriff *Lebensqualität* nicht eine politische Mode. Er entspricht vielmehr der Einsicht, daß unsere Wertskala sich wandelt, notgedrungenermaßen wandeln muß, und daß wir die Qualität unseres Lebens an dieser veränderten Wertskala messen, prüfen und verbessern müssen.

Zweitens zu den **Z i e l e n**. Die Ziele für die Stadt müssen konkret sein. Sie müssen erkennen lassen,



Es gibt Grundlagen: die Topographie einer Stadt, die klimatische Lage, die Geschichte und die Traditionen, die Gewohnheiten der Leute, die sozialen Bezüge, alles, was diese Stadt erlebt hat, wie sie gewachsen ist, wie lange sie existiert, was ihre Probleme sind . . . (Weil der Stadt.)

wer für wen Politik macht, wessen Privilegien abgebaut, wessen Rechte ausgebaut werden sollen. Wenn Demokratie mehr meint als Ankreuzen von Stimmzetteln, wenn damit Beteiligung im weitesten Sinne gemeint ist, müssen die Ziele und Prioritäten der konkurrierenden Parteien für die Stadt deutlich und vermittelbar werden.

Mir scheint, die Programme der politischen Parteien für die Stadt zeichnen sich vor allem dadurch aus, daß keinem Wähler auf die Zehen getreten wird. Da wird das Blaue, Schwarze und Rote vom Himmel herunter versprochen in der stillen Gewißheit, daß die Wahl ja nicht mit Programmen, sondern mit Personen gewonnen wird, und daß nach der Wahl dann schon keiner sich erdreisten wird, noch nach dem Programm zu fragen. Besonders verräterisch sind die Zielformulierungen. Da wimmelt es von Vokabeln wie *natürlich, organisch, ausgewogen, angemessen*. (Übrigens nicht nur bei den Politikern, auch gerade bei den Planern!) Und so gleichen sich dann die kommunalen Wahlkampfprogramme der Parteien oft bis zur Aus-

tauschbarkeit. Sicher sind alle Wahlen auch Personalwahlen, weil Politik ja schließlich von Personen gemacht wird. Aber ist die Aussageschwäche unserer Kommunalwahlprogramme nicht ein Beleg für das Demokratiedefizit in unseren Städten? Wer sich auf Personenentscheidungen verläßt, der sagt damit eben auch, daß er die Bürger für zu dumm hält, die Sachfragen zu beurteilen und mit zu entscheiden. Das ist gute alte paternalistische Honoratiorenpolitik nach dem Motto: *Wir wissen schon, was gut für euch ist!* ALFRED SCHMIDT sagt: *Allemaal werden die großen Fische es normal finden, wenn sie die kleineren verzehren*. Ob die kleineren Fische es für ebenso normal und natürlich halten, das ist eben das Problem. Manche finden es natürlich, daß ein bestimmter Großgrundbesitzer jeden Morgen ohne eigene Leistung um eine Million Mark an Bodenwertsteigerungen reicher wird, jeden Morgen! Und daran soll nichts geändert werden, es gibt keinen programmatischen Vorschlag, der das ändern will; man nennt das dann Leistungsgesellschaft. Ich halte solches Einkommen ohne jede Arbeit für un-

natürlich. Und eine zunehmende Zahl von Bürgern unseres Landes merkt, daß sie nicht mehr nur die Zeche zahlen, sondern daß sie mit dem ständigen Verweis auf die Leistungsgesellschaft geradezu verspottet werden. Die Union hält in Stuttgart ein Kongreßzentrum, ähnlich wie es meine Partei in Hamburg mit der NEUEN HEIMAT gebaut hat, für angemessen. Ich halte es für unangemessen. Ich halte es für einen Skandal, wenn der Steuerzahler das Defizit eines solchen Nobelbaus für die Selbstdarstellung einer Minderheit bezahlen muß, während andere ungleich wichtigere Einrichtungen für Alte und Schwache fehlen.

Wer Ziele setzt, muß Prioritäten setzen, und damit Posterioritäten. Lassen Sie mich also ohne jeden Anspruch auf systematische oder gar vollständige Rangfolge einige Ziele meiner Partei – oder konkreter meiner Stuttgarter Partei – nennen, denn ich bin sicher, daß die Kollegen in Hamburg oder Berlin oder Frankfurt da in manchen Punkten sehr anderer Meinung wären. Wir geben dem Ausbau, der Rehabilitation, der Verbesserung unserer Stadt den Vorrang vor der Ausweisung neuer Baugebiete. Die großen Städte dürfen nicht an ihren Rändern wachsen und im Kern verfaulen. Wir werden die Sanierungsvorhaben der großen Sanierungsträger – auch der uns nahestehenden – genauer prüfen müssen. Wo immer es die Bausubstanz erlaubt, soll Rehabilitation den Vorrang vor Abriß und Neubau haben. Es ist nur mäßig übertrieben, wenn Sanierungsbetroffene heute behaupten, die Sanierungsschäden überträfen an einigen Stellen die Schäden des Bombenkriegs. Schon das Vokabular ist finster genug: Wer denkt bei Flächenanierung nicht an Flächenbombardement?

Daß der öffentliche Personenverkehr in Verdichtungsgebieten Vorrang haben muß vor dem Individualverkehr, ist inzwischen Allgemeingut. Aber dann muß man auch weitergehen und die einseitige Massierung von Arbeits- und Wohnplätzen mit der Folge unerträglicher Monostrukturen abbauen und der Stadt verstärkte Planungsinstrumente geben, selbst wenn das auf Kosten von Eigentumsrechten geht! Solche Forderungen stoßen natürlich auf Widerstände. Die Tatsache, daß die Stadt Stuttgart mit ihrem öffentlichen Nahverkehr hinter anderen Städten weit zurück ist, hat natürlich auch etwas damit zu tun, daß unter den 50 oder 100 Leuten, die bei uns Entscheidungen fällen – nicht nur im Gemeinderat natürlich, – eine betroffene Industrie stark vertreten ist, die quer durch alle Parteien sich durchsetzt und sagt: wir wollen, daß Automobile produziert werden, und wir sind nicht so sehr da-

für, daß hier der öffentliche Nahverkehr ausgebaut wird.

Wir haben uns in harten Auseinandersetzungen dahin verständigt, daß wir eine neue Zuordnung von Wohn- und Arbeitsstätten suchen; ich meine, daß wir die Arbeitsplätze im tertiären Sektor nicht immer nur in der Innenstadt ansiedeln können und dürfen, sondern daß die sehr viel stärker auch in den äußeren Stadtgebieten angesiedelt werden müssen, und sei es nur, um den vielen Frauen, die zuverdienen oder Teilzeitarbeit leisten müssen, die Möglichkeit zu geben, in der Nähe ihrer Wohnung zu arbeiten und nicht stundenlange Fahrtzeiten zu haben. So sollte das Prinzip doch wohl eher sein: Daß der Arbeitsplatz zu den Menschen geht, als daß die Menschen zum Arbeitsplatz fahren.

Das heißt weiter, daß sich die Bodennutzung in unserer Stadt nicht wie bisher einseitig am erzielbaren Profit orientieren darf. Sie muß zuerst die Bedürfnisse der Menschen erfüllen; und erst, wenn die gesichert sind, dann sollen alle weiteren Nutzungsentscheidungen nach marktwirtschaftlichen Kriterien erfolgen. Aber eine Marktwirtschaft, die alles regelt, das heißt ja dann nichts anderes, als daß die Bedürfnisse der Menschen am Schluß kommen. Ich möchte in Stuttgart noch einmal erleben, daß ein Parkplatz zum Kinderspielplatz umgewidmet wird, ich möchte einmal erleben, daß eine alte Villa nicht an einen amerikanischen Hotelkonzern verschertelt, sondern zum Altenclub umfunktioniert wird!

Demokratisierung schließlich – also Beteiligung der Bürger an der Planung – das ist mehr als Bürgerinitiativen, die bei allen ihren Verdiensten auch negative Erscheinungen haben. Ich denke jetzt nicht wie GOPPEL oder die CSU, die darin die ersten Schritte zum Kommunismus und zur Aufweichung der freiheitlich demokratischen Grundordnung sehen. Aber oft sind diese Bürgerinitiativen eben nicht Initiativen der Unterprivilegierten, sondern harte Interessenvertretung der oberen Mittelschicht, derer, die sich organisieren und artikulieren können. Daß sich die Villenbesitzer eines Bremer oder Stuttgarter Vororts gegen ein Heim für behinderte Kinder zusammenschließen, ist ihr – wenn auch nicht ihr gutes – Recht. Wir haben jedenfalls Demokratisierung nicht so gemeint, sondern verstehen darunter, daß Methoden und Institutionen und Rechte entwickelt werden müssen, die allen Bürgern das Recht auf Information und Teilhabe an der Entscheidung sichern, die den Bürgern vom Objekt zum Subjekt die Entscheidung machen. Auch diese Beispiele für Zielsetzungen ließen sich fortführen und präzisieren, und natür-



Nun wundern wir uns, daß diese Städte so wenig Aufforderungscharakter haben zur Kommunikation. Diese Städte müssen doch zwangsläufig zum Zuchtbeet einer politischen Gleichgültigkeit werden . . .

lich müßten wir auch die Zielkonflikte ansprechen. Etwa den Zielkonflikt zwischen dem freistehenden Einfamilienhaus im Grünen und dem kurzen Weg zur Station der nächsten U-Bahn. Denn gerade, wenn wir wollen, daß der Bürger mitdenken und entscheiden soll, müssen diese Zielkonflikte transparent gemacht werden, muß deutlich gemacht werden, was eben unvereinbar miteinander ist. Auch das gehört zur Verantwortung einer politischen Partei: nicht Unvereinbares zu fordern und die Bürger dann frustriert zurückzulassen, sondern klipp und klar sagen, d a s geht, aber dann geht d i e s e s nicht.

Zu den M a ß n a h m e n will ich vor allem darauf hinweisen, daß es keine isolierte Stadtpolitik gibt. Alle Maßnahmen zur Realisierung städtischer Ziele stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit Landes-, Bundes-, ja mit Europapolitik. Stadtpolitik wird nicht im Rathaus alleine, sie wird im Land-

tag, im Bundestag und zunehmend auch in Brüssel und Straßburg gemacht. Wir sind zwar von der Zeitung her daran gewöhnt, Politik nach Sparten zu sortieren. Seite 1 und 2 *Internationales* und *Nationales*, Seite 4 dann *Landespolitik* und hinten ziemlich viel *Kommunales*. Den wenigsten Bürgern ist klar, daß die steuerpolitischen Entscheidungen des deutschen Bundestags, daß Verkehrspolitik, Bau- und Bodenrecht, Sozialpolitik, Zinspolitik den Rahmen für Stadtpolitik setzen. Und so hat der Landtag mit einer – nach meiner Auffassung – großstadtfeindlichen regionalen Verwaltungsreform mit einem entsprechenden Gemeindefinanzierungsverfahren oder mit der Bauordnung – ich denke etwa an die Stellplatzverordnung – oder mit seiner zersplitterten Schulpolitik unmittelbar die Stadtpolitik beeinflusst. Damit sollen Wert und Leistung kommunaler Politik sicher nicht herabgemindert werden. Vielmehr geht es darum, Vor-

würfe und Forderungen, die wir an die Stadtväter richten und die oft nur zu berechtigt sind, daraufhin zu überprüfen, ob die Stadtväter denn unter den gegebenen Bedingungen, unter dieser Steuer- oder Eigentumsordnung überhaupt jemals anders handeln konnten. Unter Umständen liegt der Schlüssel zur Lösung des Problems nicht im Rathaus, sondern im Landtag oder im Bundestag. Insofern habe ich meine Arbeit im Bundestag immer als Kommunalpolitik auf einer anderen Ebene verstanden. Daß die Bürger das bisher nicht so sehen, ist nicht zuletzt auch u n s e r Fehler.

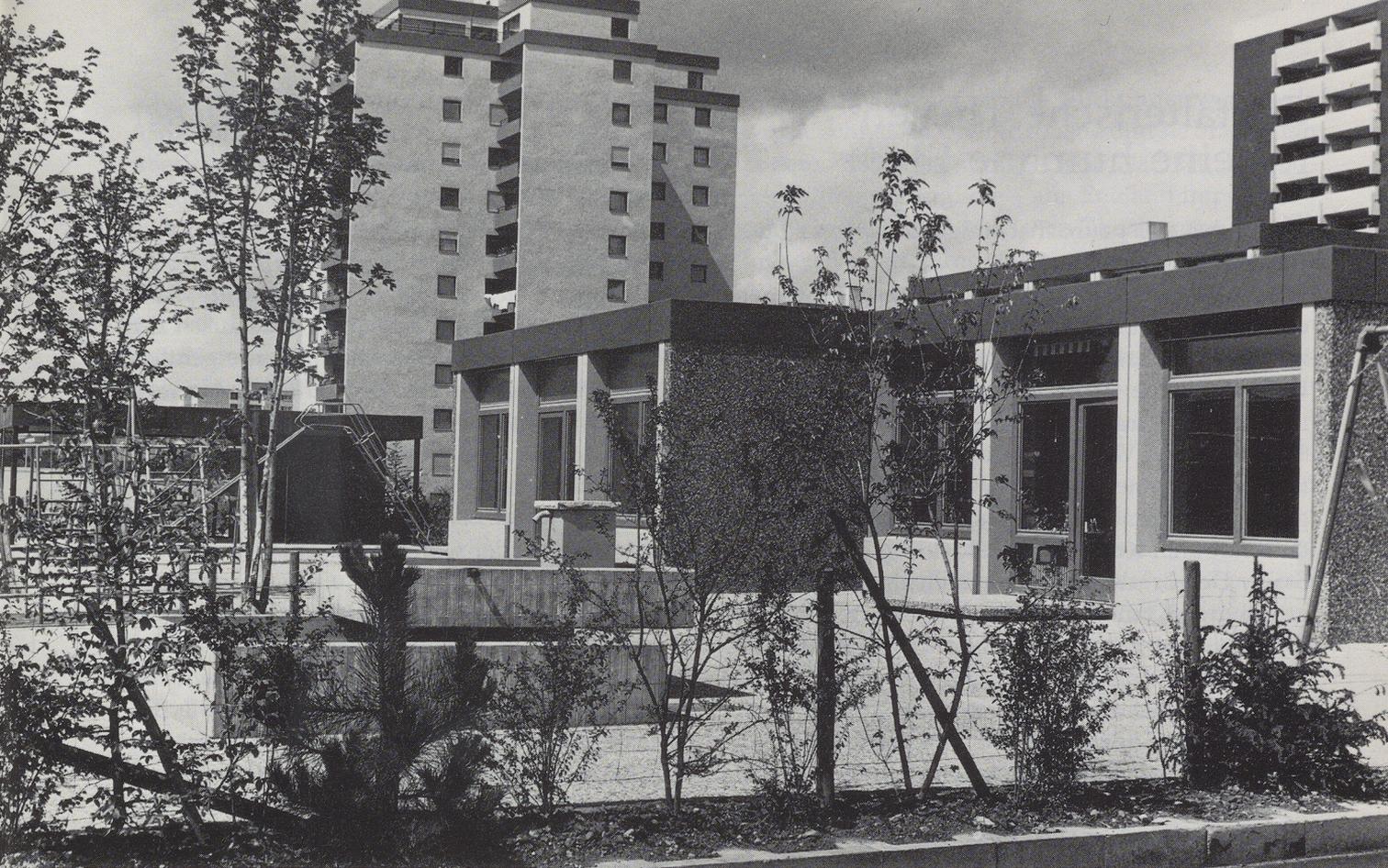
Ich will hier noch auf die Frage unseres Wissens eingehen. Wir wissen sicher zu wenig. Wir wissen zu wenig von den Bedürfnissen der Bürger. Wir wissen viel zu wenig von den Ursachen der seitherigen Entwicklung, und oft entscheiden wir, ohne die Folgen unserer Entscheidungen übersehen zu können. Stadtpolitik bedarf zukünftig vermehrter Stadtforschung. Denn Entscheidungen über Ziele und Maßnahmen sind nur sinnvoll, wenn Zusammenhänge, Voraussetzungen, Folgen und Kosten – und vor allem auch soziale Kosten! – erkennbar sind. Wissenschaftler und Planer sollen dem Bürger nicht vorschreiben, wie er zu leben hat. Und sie sollen dem Gemeinderat nicht vorschreiben, wie er zu entscheiden hat. Sie sollen vielmehr Entscheidungen vorbereiten und rationalisieren. Wir geben Milliarden dafür aus, drei Menschen auf den Mond zu transportieren; und wieviel geben wir dafür aus, jeden Morgen und Abend Millionen von Arbeitnehmern vernünftig und human zur Arbeit und nach Hause zu transportieren? Zwanzig Jahre lang hat staatliche Forschungspolitik vor allem die Aufgabe gehabt, den Unternehmern unrentierliche Kosten abzunehmen. Öffentliche und koordinierte Stadtforschung war vor LAURITZEN faktisch unbekannt, weil nicht profitabel. Es wird Jahre dauern, bis diese Versäumnisse aufgeholt worden sind, denn Forschungskapazitäten, Forschungsorganisation und Forschungsergebnisse kann man nicht über Nacht produzieren. Immerhin ist ein Anfang gemacht.

Ich habe etwas gesagt über Werte, Ziele und Maßnahmen der Stadtpolitik. Sicher wäre es auch möglich gewesen, das nach anderen Begriffen – etwa Theorie und Praxis – zu ordnen. Zum Schluß möchte ich einige Fragen skizzieren, mit denen meine politischen Freunde und ich uns beschäftigen. Vielleicht ist es manchmal wichtiger, richtig zu fragen als schnell zu antworten. Ich räume ein, daß wir selbst nur vorläufige und unfertige Antworten wissen.

Die erste Frage ist die nach der Hasen-Politik und

dem Problem-Igel. Was muß bei uns alles geschehen, bevor etwas geschieht? Welches Maß an Zerstörung, an Vergeudung muß sich aufsummieren, bevor die Öffentlichkeit ein Problem erkennt, und wie lange dauert es dann, bis der Gesetzgeber reagiert, und wieviel Zeit vergeht, bis das Gesetz endlich wirkt? Ist das die systembedingte Schwäche unserer Konkurrenzdemokratie? Oder ist es die konzeptionelle Schwäche unserer Parteien, daß es immer erst zu Krisen kommen muß, bevor gehandelt wird? Ob Autoverkehr oder Arzneimittelherstellung, Umweltvergiftung oder Energiekrise – Reform ist offenbar nur aus der Krise heraus möglich und durchsetzbar. Daß sie dann nicht eben billiger wird, ist offenkundig. Die Landwirtschaft, den Bergbau oder unsere Städte, das hätten wir alles vor 10 oder 15 Jahren um sehr viel weniger Geld sanieren können. Von den zwischenzeitlich entstandenen Schäden ganz zu schweigen. Wer garantiert uns eigentlich, wer macht uns so sicher, daß die nächste Krise uns nicht über den Kopf wächst? Der Problemdruck wächst sehr viel schneller als unsere Lösungsmöglichkeiten. Es fehlt an Geld und Wissen, an Personal und an Zeit. Und die Dynamik der Entwicklung und die Dynamik der von dieser Entwicklung ausgelösten sozialen Erschütterungen nehmen beängstigend zu. Wir laufen als Hasen-Politiker mit hängender Zunge dem Problem-Igel nach. Der Bürger freilich rührt sich erst, wenn er es am eigenen Leibe verspürt. Wenn der Bagger kommt zum Sanieren, wenn der Arbeitsplatz verlorengeht, wenn der Neckar stinkt. Dann ist der Bürger zwar leicht zu mobilisieren, aber allemal ist es zu spät. Welcher Art also müssen die Strategien zur Früherkennung sein, zur Aufklärung, zur Mobilisierung, damit rechtzeitig etwas geschieht? Soll das nur eine Partei leisten, etwa die SPD mit ihrem Langzeitprogramm? Oder sind die Parteien überhaupt nicht geeignet dazu, sollen das andere machen? Und vor allem: wie soll es geschehen?

Die zweite Frage ist die: Wie kommen wir vom Nein zum Ja? Die Mehrzahl unserer Bürgerinitiativen sind gegen etwas, nicht für etwas, die Aktionen sind defensiv. Sie zeigen, daß es mit der Graswurzeldemokratie zwischen Stadtpolitik und Bürgern nicht weit her ist. So werden wohl punktuelle Mißstände gemildert und Fehlentwicklungen gedämpft. Solche, meist kurzatmigen und perspektivearmen Bürgeraktionen sind mir zu wenig. Wie können wir die Bürger frühzeitig beteiligen, und wie können wir die Artikulation ihrer Bedürfnisse organisieren? Die Frage hängt mit der vorhergehenden Frage zusammen. Was helfen denn Aktionen gegen Maßnahmen, wenn die Bürger nicht



Die Spielplätze draußen: Häufungen von Phantasielosigkeit nach dem Motto: Wozu der Aufwand? Aus Kindern werden ja Gott sei Dank in wenigen Jahren doch Erwachsene . . .

schon bei der Entscheidung über die Ziele beteiligt sind?! In der Stadtplanung zeigt sich deutlicher als bei vielen andern Gebieten, wie dünn der Mantel unserer Demokratie ist, wie formalistisch und wie inhaltsleer. Die USA sind da an schmerzlichen Erfahrungen sozialer Konflikte reicher. Aber sie sind auch reicher an Modellen für deren Bewältigung. Mit Sozialpolitik, die kein vernünftiger Mensch anders verstehen kann denn als Hilfe zur Selbsthilfe, ist das nicht getan. Hier geht es vielmehr um die Frage nach konkreter Beteiligungspolitik, nach unserem Demokratieverständnis.

Letzte Frage: z e n t r a l versus d e z e n t r a l. Weil wir es mit Egoisten von einzelnen, von Gruppen, Orten und Regionen zu tun haben, brauchen wir übergeordnete Entscheidungsgremien. Der Stadtteilegoismus kann nur durch eine starke zentrale Autorität gebändigt werden; den Rhein bekommen wir nur sauber, wenn wir alle Anliegerstaaten zusammenbinden. Die zunehmende Komplexität und Verflechtung aller Entscheidungen drängt nach zunehmender Zentralisierung. Das ist die eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite steht die Frage nach der Demokratie: Wenn wir die Entscheidung m i t d e m

B ü r g e r fällen wollen, dann müssen wir dezentralisieren, dann muß die Entscheidung so nah wie möglich an den Bürger hin, wo er unmittelbar betroffen ist, wo er Übersicht hat, wo er unmittelbar Einfluß nehmen kann. Dieser Widerspruch zwischen funktional notwendiger Zentralisierung und demokratisch notwendiger Dezentralisierung ist nicht aufhebbar. Er wird erträglich nur, wenn es uns gelingt, die Gefahr der zunehmenden Zentralisierung – und das ist zugleich Bürokratisierung und Entfremdung – durch ein System der Ausgleichs-, Mitsprache-, ja durch Vetorechte zu bannen. Dies ist kein Problem des Westens allein. In der Sowjetunion überwiegt die zentrale bürokratische Steuerung und fehlt die demokratische Beteiligung. In Jugoslawien ringt man seit fast 20 Jahren um ein Modell, das Selbstverwaltung und Zentralsteuerung verbindet. Bei uns nimmt die Bürokratisierung zu, ohne daß die demokratische Beteiligung wächst. Für meine Partei heißt das, daß sich demokratischer Sozialismus nicht im Sozialisieren erschöpfen darf. Er muß vielmehr den Anspruch auf Souveränität des Volkes, auf verwirklichte Demokratie einlösen. Das wird ein langer Weg sein.